

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst - Landesleitung Universitätslehrer/innen (Tirol)

c/o Universität Innsbruck, Institut für Geschichte und Ethnologie

Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang MEIXNER (Vorsitzender)

An das
Bundesministerium für Wissenschaft und Fortschreibung
z.H. Dr. Erwin NEUMEISTER
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien

Innsbruck, 30. September 2007

Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle des UG 2002

Sehr geehrter Herr Dr. Neumeister!

Namens der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Landesleitung Universitätslehrer/innen (Tirol) darf ich folgende Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle des Universitätsgesetzes 2002 abgeben.

Die geplante Novelle des § 124b UG 2002 bedeutet im wesentlichen eine Fortschreibung des Status quo. Es ist unverständlich, warum die Politik die vergangenen zwei Jahre nicht genutzt hat, eine nachhaltige Regelung betreffend Andrang zu bestimmten Studienrichtungen zu erwirken. Anzustreben ist ein alloktionstheoretisches Vorgehen, dass die Europäische Union und Deutschland als Staat des Hauptzuzuges an Studierenden in die Pflicht nimmt. Es bleibt daher zu befürchten, dass in zwei Jahren eine weitere Fortschreibung erfolgt, ein typisch österreichischer Weg, wenngleich dieses Vorgehen theoretisch in der Ökonomie als „muddling through“ (Assar Lindbeck) Eingang gefunden hat.

Die Auswahl der Fächer, für die eine Zulassungsregelung erfolgen kann, ist teilweise nicht nachvollziehbar. Bis auf die medizinischen Studien mit ihrem Bedarf an ausreichend Praktikaplätzen könnten durch einfache Maßnahmen (Erhöhung der Zahl der Lehrenden und Räumlichkeiten) in allen anderen genannten Studien kurzfristig ausreichend Studienplätze angeboten werden. Damit wird der gesetzlich verankerte freie Universitätszugang ausgehöhlt.

Mit freundlichen Grüßen

W. Meixner, eh.

(Vorsitzender, Landesleitung Tirol)